

Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlagsort: Leipzig, Neumarktstr. 20.

Verlagsort: Leipzig, Neumarktstr. 20.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 9.

Montag, 13. Januar 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/7 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Zeiger frei Haus oder bei Abholung am Postamt vierteljährlich 3.00 Mark, monatlich 1.00 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wägen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite Grundschreib-Zeile (7 Zeilen) 20 Pf., Überschrift 25 Pf.; je länger und tabellarischer Text, desto höher. Nachweilungs- und Vermittlungsgebühren 20 Pf. Jede Zeile. Demütigter Rabatt erteilt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber im Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Bierzehnährige Unterhaltungsbeilage „Gedächtnis an der Seite“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Wintzisch, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 29. Verantwortlich für Redaktionen: Walter Schöner, Riesa; für Anzeigen: W. W. im Druck. Riesa.

I. Zigarillen-Zera mit den Kontrollnummern:
1853—1873 einschl. aus den Döchter Forstwerken,
852 und 853 aus der Merd'schen Fabrik in Darmstadt,
473—494 einschl. aus dem Serumlaboratorium Kure-Ernst in Hamburg,
280 und 281 aus der Fabrik vormals E. Schering in Berlin,
59—70 einschl. aus den Behringwerken in Marburg,
175—187 einschl. aus dem Sächsischen Serumwerk in Dresden — soweit sie nicht bereits früher wegen Abschmelzung usw. eingezogen sind —.

II. Meningokokken-(Genickstarre)-Zera mit den Kontrollnummern:
1—5 einschl. aus den Döchter Forstwerken in Döcht a. M.,
1 und 2 aus der Merd'schen Fabrik in Darmstadt,
1 aus dem Sächsischen Serumwerk in Dresden.

III. Tetanus-Zera mit den Kontrollnummern:
617—700 einschl. aus den Döchter Forstwerken in Döcht a. M.,
818—804 einschl. aus den Behringwerken in Marburg,
81—49 einschl. aus dem Sächsischen Serumwerk in Dresden
sind vom 1. Januar 1919 ab wegen Ablaufs der staatlichen Gewährdauer zur Einziehung bestimmt worden.

Dresden, den 10. Januar 1919. 44 IV M
Ministerium des Innern. 326

Neue Vordrucke für Saubedarfscheine.

Nach einer Bekanntmachung der Reichsstelle für Schutzverordnung in Berlin verlieren die bis 14. Januar 1919 auf den bisherigen Vordrucken ausgetauschten Saubedarfscheine am 1. Februar 1919 ihre Gültigkeit. Von diesem Tage an dürfen sie von den Gewerbetreibenden nicht mehr benutzt werden.

Vom 15. Januar 1919 dürfen bei der Ausstellung von Saubedarfscheinen nur noch die neuen Vordrucke verwendet werden. Diese sind auf weißem Papier gedruckt, das durch Wasserzeichen und Heberdruck besonders kenntlich gemacht ist. Die über die ganze Fläche des Formblattes sich hinziehenden Wasserzeichen haben die Form von einzelnen Streifen; als Heberdruck trägt das Formblatt auf der Mitte in grauer Farbe und in großer Schrift die Buchstaben „R. St.“ Saubedarfscheine, die nach dem 15. 1. 1919 auf den alten Vordrucken ausgestellt werden sind ungültig.

Auf den alten Vordrucken ausgestellte Saubedarfscheine, auf die bis zum 1. 2. 1919 eine Befreiung noch nicht erfolgt ist, sind von den Ausfertigungsstellen des Bezirks der Amtshauptmannschaft, den Stadträten, Großenhain, Riesa und Marburg und den deren Gemeindevorständen in Gröba und Weiba, die diese Saubedarfscheine ausgestellt haben, unter Verwendung der neuen Vordrucke umzuschreiben. Die Anträge auf Umschreibung sind spätestens bis

1. März 1919

zu stellen. Sämtliche Gewerbetreibende haben die bis 31. Januar 1919 belieferten und entwerteten Saubedarfscheine vollständig und pünktlich bis 1. Februar 1919 abzuliefern. Wer den Bestimmungen dieser Bekanntmachung über die Saubedarfscheine zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 15000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Geldstrafe kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, auf welche sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

Großenhain, am 9. Januar 1919.
26 h. Die Amtshauptmannschaft.

Ausdruck und Ablieferung von Getreide betr.

Mit Zustimmung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums, Landeslebensmittelamt, wird in Abänderung der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 4. Dezember 1918 bestimmt, daß sämtliche nach § 1 der Reichsgetreideverordnung vom 29. Mai 1918 für den Kommunalverband beschlagnahmten Früchte — Roggen, Weizen, Spelt, Emmer, Einkorn, Gerste, Hafer, Mais, Erbsen einschl. Futtererbsen aller Art (Pelusiden), Bohnen einschl. Ackerbohnen, Linfen, Wicken, Lupinen, Buchweizen und Hirse — spätestens bis zum 20. Januar 1919 auszubringen und abzuliefern sind.

Die in Punkt 3 der vorgenannten Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 4. Dezember 1918 erwähnte Anzeile über das Ergebnis des genannten Ausdrucks, sowie darüber, wieviel hiervon für die Selbstverforgung, für die Viehfütterung, als Saatgut

benötigt und wieviel Saatgut gegen Saatkarte ver- und zugekauft wurde, ist spätestens bis zum 25. Januar 1919 an den Kommunalverband einzufenden. Das hierzu zu verwendende Formular ist bei den Gemeindebehörden zu entnehmen.

Nur in solchen Fällen, in denen der Ausdruck und die Ablieferung des Getreides bis zum 20. Januar 1919 auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen sollte, kann die Amtshauptmannschaft die Frist bis zum 31. Januar 1919 verlängern. Die betreffenden Betriebsunternehmer haben in diesen Fällen ein eingehend begründetes Gesuch an die Amtshauptmannschaft einzureichen.

Eine Verlängerung der Ausdruck- und Ablieferungsfrist über den 31. Januar 1919 hinaus, kann nur durch das Landeslebensmittelamt erfolgen. Auch in diesen Fällen sind etwaige Gesuche, die ebenfalls ausführlich begründet sein und die Höhe der noch auszubringenden bzw. abzuliefernden Fruchtmengen enthalten müssen, zunächst an die Amtshauptmannschaft einzureichen.

Großenhain, am 10. Januar 1919.

Der Kommunalverband.

Das Landeslebensmittelamt hat dem Kommunalverband ausländischen Zucker zur Verteilung überlassen.

Es entfallen 200 gr auf den Kopf der zuckererzeugungsberechtigten Bevölkerung, d. h. also auf diejenigen Personen, die im Besitze von Zuckerarten des Ergänzungskartens — jedoch mit Ausschluß der R-Karten — sind.

Der Preis beträgt 1.40 M. für 200 gr = 3.50 M. für 1 Pfund.

Jeder, der den Zucker entnehmen will, hat bis spätestens den 16. Feb. 1919, bei der Gemeindebehörde seines Wohnortes gegen Vorzeigung der Zuckerkarte, die zur Zeit vom 24. Januar bis 12. Februar 1919 laufenden Ergänzungskarte, die zur Entnahme des ausländischen Zuckers berechtigtende Karte in Empfang zu nehmen und den Zucker bei der von der Gemeindebehörde zu bezeichnenden Stelle bis spätestens dem 20. Januar 1919, abends abzugeben.

Bei der Abholung sind entsprechende Gefäße oder Tüten mitzubringen.

Großenhain, am 9. Januar 1919.

Der Kommunalverband.

Bekanntmachung, Meldung zum Sicherheitsdienst.

Für den Sicherheitsdienst des Arbeiter- und Soldatenrates Riesa werden auch solche Parteigenossen und Gewerkschafter eingestellt, die bereits vom Militär entlassen sind. Die sich Meldenden müssen über 24 Jahre alt und moralisch einwandfrei sein. Die Mitglieder des Sicherheitsdienstes erhalten ohne Unterschied, einschließlich Wohnung, Verpflegungsgeld und sonstiger Zuschläge pro Tag Mk. 10.—, außerdem Kleidung. Sie gelten als Angehörige des Soldatenstandes in Bezug auf Rentenfürsorge. Meldungen werden im Geschäftsbüro des Arbeiter- und Soldatenrates Riesa, Marktstr. 9 vom Arbeiter-Rat Schönborn gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches der Sozialdemokratischen Parteien oder einer freigezeichneten Organisation entgegengenommen.

Riesa, den 11. Januar 1919.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Riesa.
gen. Scherffia. gen. Richter.

Die wegen Trunksucht verhängte Entmündigung des Maurers Gustav Hermann Walther in Riesa ist wieder aufgehoben worden.

Riesa, den 8. Januar 1919.

Das Amtsgericht.

Auf Blatt 490 des Handelsregisters, die Firma Riesaer Eisbahnenrealgesellschaft mit beschr. Hftg. in Gröba betr., ist heute eingetragen worden: die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Rechtsanwält Dr. Otto Schüller in Leipzig ist zum Liquidator bestellt.

Riesa, am 10. Januar 1919.

Das Amtsgericht.

Die Auszahlung der Kriegsfamilienunterstützung erfolgt schon

Wittmach, den 15. Januar 1919.

Der Rat der Stadt Riesa, am 11. Januar 1919.

Holzversteigerung auf Warbacher Staatsforstrevier.

Waldhof „zum Sackenhof“, Roffen. Montag, den 20. Januar 1919 vorm.

10 Uhr: 183 m. Stämme b/15 cm, 8 St. Rlöger 14/21 cm, 1191 m. dergl. 7/20 cm, 380 m. Baumstämme 5/8 cm, 2895 m. Derbstangen 8/15 cm, und 9405 m. Reisstangen 2/7 cm von den Durchforstungen der Abt. 58, 60 b/m 84, 80, 81, 91.

Forstrevierverwaltung Warbach b. Rochwein und Forstrentamt Augustsburg.

Der Kampf um die Nacht in Berlin

ist entzündet. Im Laufe des Sonnabend und Sonntag sind alle Fronten der Spartakisten von Regierungstruppen genommen worden. Zuerst wurde gegen das Gebäude des „Vorwärts“ vorgegangen. Als das „Vorwärts“-Gebäude erobert und 300 Spartakisten gefangen abtransportiert wurden, als Tausende von gut ausgerüsteten Regierungstruppen mit Maschinengewehren und Geschützen in voller Ordnung durch die Straßen Berlins zogen, da empfangen die Befehlshaber der Besatzungskräfte, Kollie, Witten und Scharf sowie der Polizei-Präsident, der bolschewistische Kollie-Agentur und der Hörsing-Beauverei das Gebot der Hilflosigkeit und Vereinstimmung, das ihren Widerstand lähmt. Die Regierung hat all die genannten Gebäude mit so geringen Opfern erobert, wie niemand sie für möglich gehalten hätte. Man darf sich nicht vergeßen, daß hier alle Waffen der modernen Kriegstechnik einschließlich Panzerkraftwagen, Minenwerfer, Gas- und Flammenwerfer in Wirklichkeit traten, daß der Kampfplatz das Häusermeer einer Millionenstadt war, wo jede Kullie und jeder beschlossene Raum jenseits des besetzten Gebietes mit Menschen vollgestopfte Miethäuser waren, und daß die Straßen, in denen die Kämpfe tobten, der tägliche Anmarschweg für Hunderttausende zu ihren Arbeitsstätten eilender Männer und Frauen sind. Zahlreiche gefangene Spartakisten wurden abgeführt. Das Gerücht der Gefangennahme Wiedemanns bestärkt sich, indessen ebensowenig wie die verschiedentlich gemeldete Festnahme Rosa Luxemburgs und Nabels. Dagegen ist Georg Ledebour verhaftet worden; die Regierung will ihm und den anderen, die festgenommen wurden, wegen Vandalenhandlungen und Aufforderung zum bewaffneten Widerstand vor den ordentlichen Gerichten den Prozeß machen. Aber der Kampf der Regierung ist durch den Sieg in den Berliner Straßen nicht beendet. Die Regierung sammelt emsig weitere Truppen, um jedes Wiederauflieben des Spartakistertums im Reime zu ersticken und die Freiheit der Wahlen zur Nationalversammlung zu sichern. In Düsseldorf haben die Unruhen, Nachrichten zufolge, zu einer Besetzung der Stadt durch englische Truppen, geführt.

Ueber die Säuberung Berlins wird uns weiter aus Berlin unterm 12. Januar gemeldet: Nach dem energischen Eingreifen der Regierungstruppen hat sich die Lage in Berlin wesentlich gebessert. Die Anwendung schwer-

er Kampfmittel bei der Erstürmung des „Vorwärts“-Gebäudes hat die Spartakisten erst zur Erkenntnis ihrer tatsächlichen Ohnmacht kommen lassen. Im Laufe des gestrigen Nachmittags zogen sie es deshalb vor, das Witten-Haus sukzessive über die Dächer der umliegenden Häuser zu verlassen. Nur wenige Leute blieben zurück, die das Gebäude kampfsich übergeben. Der Zeitungspolizist weist deutlich die Spuren seiner unbedenklichen Wäste auf. In den späten Abendstunden verstanden sich die Wiedemannstrasser dazu, das von ihnen besetzte Wollische Telegraphenbureau zu verlassen. Die Besatzung wurde nach Ablieferung der Waffen freigelassen. Sachverständige erwießen sich die Spartakisten, die sich im gemauerten Gebäude des Wollischen Verlags niederlassen hatten. Im Gefühle ihrer Macht hatten sie noch gestern gefordert, daß ihnen freier Abzug gewährt werden solle, und zwar mit Wessens. Ferner verlangten sie den Rücktritt der Regierung Ober-Scheidemann. Aber auch diese Kampfergebnisse Anhänger der Spartakistischen Idee ließen sich im Laufe der Nacht von der Drohung der Regierungstruppen, das Haus im Falle nicht freiwilliger Räumung mit Witten zu beschließen, dazu bewegen, ihre Festung zu räumen. Eine große Anzahl der zahlreichen Besatzung war schon vor Mitternacht spurlos verschwunden. Als gegen 1/3 Uhr ein Zug regierungstreuer Truppen mit Maschinengewehren anrückte, fanden sie nur noch wenige Spartakisten vor, die gefangen genommen und unter Bedeckung abgeführt wurden. Das Verlagshaus Scharf, in das sich auch eine Anzahl Spartakisten eingekerkert hatte, ist ebenfalls in den Nachstunden freiwillig geräumt worden. Somit befinden sich sämtliche Groß-Berliner Betriagsgebäude wieder in den Händen ihrer rechtmäßigen Besitzer. Heute morgen ist bereits eine Ausgabe des „Vorwärts“ in dem gewohnten Gewande erschienen. An der Spitze des besetzten Quartiers fordert ein Aufruf die Massen zu großen öffentlichen Versammlungen heraus, in denen über das Thema „Um die Freiheit!“ gesprochen werden wird. Nicht nur in den Zeitungshalften der Reichshauptstadt wurde gründliche Aufsicht gehalten, sondern auch an anderen Stellen der Stadt rückt man den Anhängern Lichtkegel mit äußerster Energie und Kraftentfaltung zu Leibe. So fanden gestern abend am Anhalter Bahnhof ausgedehnte Streifen nach Spartakisten statt. Die Häuser in der Nähe des Bahnhofes wurden durchsucht, und mancher Spartakist untertaucht geblieben. Heftige Kämpfe entbrannten sich in den frühen Morgenstunden um das Berliner Polizeipräsidium. Von 3 Uhr ab tobte der Kampf um die frühere Hochburg der spartakistischen Aufrührer. Gewehre, Maschinengewehre und Geschütze traten in Tätigkeit und laubten ihre verberberbringenden Geschosse in das „Rote Haus“ am Alexanderplatz. Gegen 8 Uhr nahmen die Regierungstruppen die zähverteidigte Festung im Sturm. 200 Gefangene und zahlreiches Material fielen ihnen in die Hände. In der Mittagsstunde entfalteten die Regierungstruppen eine rege Tätigkeit in der Umgebung des Schlesischen Bahnhofes. Der gesamte Straßenbahnbereich ist in der Nähe des Bahnhofes stillgelegt worden. Die Anflüssen der Straßenbahnwagen wurden nach Walfen durchsucht. Es steht fest, daß die Regierungstruppen Vorkehrungen treffen, den Spartakusanhängern diesen wichtigen Bahnhof mit stürmender Hand zu entreißen. Es ist natürlich, daß sich bei der Erregung der Bevölkerung, die durch die ereignisreichen Stunden der letzten Tage erzeugt wurde, die abertausendfachen und widerprechendsten Gerüchte fortpflanzen. So hört man vielfach die Behauptung ausbreiten, daß über die gefangenen Spartakisten durch ein Standgericht das Urteil gefällt werden soll. Dem ist nicht so, vielmehr werden nach den Erklärungen des Obersten Rehnardt und Kollie die Verhafteten den ordentlichen Gerichten zugeführt werden. Da in Berlin der Belagerungszustand nicht besteht, kann auch von einem Standrecht nicht die Rede sein. Ein Berliner Blatt will wissen, daß Rosa Luxemburg im Automobil nach Hamburg entkommen sei.

Die Opfer der Berliner Unruhen.

In einer Meldung, die nicht zu kontrollieren ist, wird die Gesamtzahl der Toten in den bisherigen Straßenkämpfen auf 400, die der Verletzten auf 1000 angegeben.

Demonstrationen für die Regierung Ober-Scheidemann.

Den gestrigen Sonntag benutzten die Reichssozialisten zu einer Kundgebung für die Regierung Ober-Scheidemann. In 20 der größten Säle Groß-Berlins fanden Massenversammlungen statt, in denen Volksbeauftragte, Regierungsdirektoren, die Führer der Partei und die Kandidaten für die Nationalversammlung das Wort ergriffen.

Nach den Versammlungen, die sämtlich außerordentlich stark besucht waren, riefen die Versammlungsteilnehmer geschlossen nach verschiedenen Plätzen der Stadt, wo Vertrauenskundgebungen für die Regierung zustande kamen.

Vorangetragen wurden Sätze mit der Aufschrift: „Für die Regierung Ober-Scheidemann!“ „Doch die Nationalversammlung!“ „Es lebe die freie deutsche sozialistische

Präsidentium. Von 3 Uhr ab tobte der Kampf um die frühere Hochburg der spartakistischen Aufrührer. Gewehre, Maschinengewehre und Geschütze traten in Tätigkeit und laubten ihre verberberbringenden Geschosse in das „Rote Haus“ am Alexanderplatz. Gegen 8 Uhr nahmen die Regierungstruppen die zähverteidigte Festung im Sturm. 200 Gefangene und zahlreiches Material fielen ihnen in die Hände. In der Mittagsstunde entfalteten die Regierungstruppen eine rege Tätigkeit in der Umgebung des Schlesischen Bahnhofes. Der gesamte Straßenbahnbereich ist in der Nähe des Bahnhofes stillgelegt worden. Die Anflüssen der Straßenbahnwagen wurden nach Walfen durchsucht. Es steht fest, daß die Regierungstruppen Vorkehrungen treffen, den Spartakusanhängern diesen wichtigen Bahnhof mit stürmender Hand zu entreißen. Es ist natürlich, daß sich bei der Erregung der Bevölkerung, die durch die ereignisreichen Stunden der letzten Tage erzeugt wurde, die abertausendfachen und widerprechendsten Gerüchte fortpflanzen. So hört man vielfach die Behauptung ausbreiten, daß über die gefangenen Spartakisten durch ein Standgericht das Urteil gefällt werden soll. Dem ist nicht so, vielmehr werden nach den Erklärungen des Obersten Rehnardt und Kollie die Verhafteten den ordentlichen Gerichten zugeführt werden. Da in Berlin der Belagerungszustand nicht besteht, kann auch von einem Standrecht nicht die Rede sein. Ein Berliner Blatt will wissen, daß Rosa Luxemburg im Automobil nach Hamburg entkommen sei.

Die Opfer der Berliner Unruhen.

In einer Meldung, die nicht zu kontrollieren ist, wird die Gesamtzahl der Toten in den bisherigen Straßenkämpfen auf 400, die der Verletzten auf 1000 angegeben.

Demonstrationen für die Regierung Ober-Scheidemann.

Den gestrigen Sonntag benutzten die Reichssozialisten zu einer Kundgebung für die Regierung Ober-Scheidemann. In 20 der größten Säle Groß-Berlins fanden Massenversammlungen statt, in denen Volksbeauftragte, Regierungsdirektoren, die Führer der Partei und die Kandidaten für die Nationalversammlung das Wort ergriffen.

Nach den Versammlungen, die sämtlich außerordentlich stark besucht waren, riefen die Versammlungsteilnehmer geschlossen nach verschiedenen Plätzen der Stadt, wo Vertrauenskundgebungen für die Regierung zustande kamen.

Vorangetragen wurden Sätze mit der Aufschrift: „Für die Regierung Ober-Scheidemann!“ „Doch die National-

versammlung!“ „Es lebe die freie deutsche sozialistische

Präsidentium. Von 3 Uhr ab tobte der Kampf um die frühere Hochburg der spartakistischen Aufrührer. Gewehre, Maschinengewehre und Geschütze traten in Tätigkeit und laubten ihre verberberbringenden Geschosse in das „Rote Haus“ am Alexanderplatz. Gegen 8 Uhr nahmen die Regierungstruppen die zähverteidigte Festung im Sturm. 200 Gefangene und zahlreiches Material fielen ihnen in die Hände. In der Mittagsstunde entfalteten die Regierungstruppen eine rege Tätigkeit in der Umgebung des Schlesischen Bahnhofes. Der gesamte Straßenbahnbereich ist in der Nähe des Bahnhofes stillgelegt worden. Die Anflüssen der Straßenbahnwagen wurden nach Walfen durchsucht. Es steht fest, daß die Regierungstruppen Vorkehrungen treffen, den Spartakusanhängern diesen wichtigen Bahnhof mit stürmender Hand zu entreißen. Es ist natürlich, daß sich bei der Erregung der Bevölkerung, die durch die ereignisreichen Stunden der letzten Tage erzeugt wurde, die abertausendfachen und widerprechendsten Gerüchte fortpflanzen. So hört man vielfach die Behauptung ausbreiten, daß über die gefangenen Spartakisten durch ein Standgericht das Urteil gefällt werden soll. Dem ist nicht so, vielmehr werden nach den Erklärungen des Obersten Rehnardt und Kollie die Verhafteten den ordentlichen Gerichten zugeführt werden. Da in Berlin der Belagerungszustand nicht besteht, kann auch von einem Standrecht nicht die Rede sein. Ein Berliner Blatt will wissen, daß Rosa Luxemburg im Automobil nach Hamburg entkommen sei.

Die Opfer der Berliner Unruhen.

In einer Meldung, die nicht zu kontrollieren ist, wird die Gesamtzahl der Toten in den bisherigen Straßenkämpfen auf 400, die der Verletzten auf 1000 angegeben.

Demonstrationen für die Regierung Ober-Scheidemann.

Den gestrigen Sonntag benutzten die Reichssozialisten zu einer Kundgebung für die Regierung Ober-Scheidemann. In 20 der größten Säle Groß-Berlins fanden Massenversammlungen statt, in denen Volksbeauftragte, Regierungsdirektoren, die Führer der Partei und die Kandidaten für die Nationalversammlung das Wort ergriffen.

Nach den Versammlungen, die sämtlich außerordentlich stark besucht waren, riefen die Versammlungsteilnehmer geschlossen nach verschiedenen Plätzen der Stadt, wo Vertrauenskundgebungen für die Regierung zustande kamen.

Vorangetragen wurden Sätze mit der Aufschrift: „Für die Regierung Ober-Scheidemann!“ „Doch die National-

versammlung!“ „Es lebe die freie deutsche sozialistische

Präsidentium. Von 3 Uhr ab tobte der Kampf um die frühere Hochburg der spartakistischen Aufrührer. Gewehre, Maschinengewehre und Geschütze traten in Tätigkeit und laubten ihre verberberbringenden Geschosse in das „Rote Haus“ am Alexanderplatz. Gegen 8 Uhr nahmen die Regierungstruppen die zähverteidigte Festung im Sturm. 200 Gefangene und zahlreiches Material fielen ihnen in die Hände. In der Mittagsstunde entfalteten die Regierungstruppen eine rege Tätigkeit in der Umgebung des Schlesischen Bahnhofes. Der gesamte Straßenbahnbereich ist in der Nähe des Bahnhofes stillgelegt worden. Die Anflüssen der Straßenbahnwagen wurden nach Walfen durchsucht. Es steht fest, daß die Regierungstruppen Vorkehrungen treffen, den Spartakusanhängern diesen wichtigen Bahnhof mit stürmender Hand zu entreißen. Es ist natürlich, daß sich bei der Erregung der Bevölkerung, die durch die ereignisreichen Stunden der letzten Tage erzeugt wurde, die abertausendfachen und widerprechendsten Gerüchte fortpflanzen. So hört man vielfach die Behauptung ausbreiten, daß über die gefangenen Spartakisten durch ein Standgericht das Urteil gefällt werden soll. Dem ist nicht so, vielmehr werden nach den Erklärungen des Obersten Rehnardt und Kollie die Verhafteten den ordentlichen Gerichten zugeführt werden. Da in Berlin der Belagerungszustand nicht besteht, kann auch von einem Standrecht nicht die Rede sein. Ein Berliner Blatt will wissen, daß Rosa Luxemburg im Automobil nach Hamburg entkommen sei.